

Grundsatzprogramm der Landesschülervertretung Hessen

Schule der Zukunft

Beschlossen am 3. Februar 2013 vom
Landesschülerrat in Eschwege

Inhaltsverzeichnis

Mit Visionen verändern!	3
Unser Bildungsverständnis	4
Wer ist Schule?.....	8
Säule 1: Die inklusive Schule.....	9
Säule 2: Die Demokratische Schule	12
Säule 3: Die selbstbestimmte Schule.....	13
Säule 4: Schule als Lebensraum.....	14
Phase 1: Frühkindliche Bildung.....	16
Phase 2: Die Gemeinschaftsschule	18
Phase 3: Oberstufe – Auf dem Weg zum Abitur.....	19
Phase 4: Ausbildung – Berufschancen für alle	20
Vision Bildungspolitik – Wie Politik anders gestaltet werden muss ...	21

Mit Visionen verändern!

Einleitung

Bildung steht ganz oben auf der Tagesordnung unserer Gesellschaft. Seit Jahrzehnten wird debattiert, geforscht und reformiert. Es gibt kaum etwas, was wir über die Bildung nicht zu wissen scheinen, was noch unerforscht geblieben oder noch nicht hinreichend diskutiert worden wäre. Bildung ist ein Megathema und wird gleichzeitig auch als Megatrend für die Zukunft identifiziert.¹ Man kann also sagen: Bildung ist in aller Munde. Doch was hat sich dadurch geändert? Die Bilanz fällt ernüchternd aus. Trotz allem Wissen, das unsere Gesellschaft rund um das Thema Bildung angehäuft hat, scheint sich in der Praxis nur wenig geändert zu haben. Alle Betroffenen, von der Schüler- und Elternschaft, über die Lehrkräfte und die Hochschulen bis hin zur Wirtschaft singen unverändert das Klagelied auf die Defizite unseres Bildungssystems. Der Gesellschaftstraum, dass alle Menschen die gleichen Bildungschancen haben, ist auch im 21. Jahrhundert noch nicht Wirklichkeit geworden.

Das wirft die Frage auf, ob wir überhaupt vom Gleichen sprechen, wenn es um Bildung geht. Und einmal grundlegend gefragt: Was ist eigentlich Bildung? Welches Bildungsverständnis haben wir in unserer Gesellschaft? Gibt es überhaupt einen Grundkonsens, über das, was Bildung ist und was sie sein soll? All das sind Fragen, mit denen wir uns als Landeschülervertretung Hessen seit Jahren beschäftigen. Auch wenn die Fragen anspruchsvoll sind und das Thema sehr komplex ist, können wir eines mit Sicherheit sagen: Antworten haben wir. Und diese Antworten haben eine klare Botschaft: Veränderung!

Wie stellen wir uns Bildung und Schule vor? Oder konkreter: Wie soll unsere Schule der Zukunft aussehen? Damit meinen wir die Schule, in der wir uns wohlfühlen und tagtäglich gerne Leben und Lernen. Die Ideen aus mehreren Jahren intensiver Arbeit haben wir nun als Grundlage genommen, um ein Gesamtkonzept unseres Bildungssystems zu gestalten. Von frühkindlicher Bildung bis zur Ausbildung haben wir alle Bildungsbereiche aufgenommen. Dieses Konzept bündelt unsere zahlreichen Ideen und zeigt einen roten Faden, der sich durch alle Bildungsbereiche zieht. Wir sagen: Wir müssen uns nicht der Schule, sondern die Schule muss sich umgekehrt uns und unseren Bedürfnissen anpassen. Doch was bedeutet dieses Grundverständnis für die verschiedensten Bildungsbereiche? Die Antworten geben wir auf den folgenden Seiten.

Keine Veränderung ohne Vision

Der Stellenwert der Bildung ist in der öffentlichen Diskussion höher denn je. In den Reden aller Politikerinnen und Politikern wird von „Bildung als die wichtigste Ressource“ in dem rohstoffarmen Deutschland gesprochen.² Doch wie gehen wir mit dieser offenbar wichtigen „Ressource“ um? Spätestens seit dem „PISA-Schock“ zählt das Schulsystem des 19. Jahrhunderts seine letzten Tage. Das sollte man zumindest meinen, wenn internationale Vergleiche regelmäßig und immer stärker aufzeigen, dass wir unsere Bildung und damit das Potential unseres Landes mit hoher Geschwindigkeit gegen die Wand zu fahren scheinen. Doch verändert hat sich dieses Bildungssystem seit Jahrzenten nicht!

Fest steht, dass Hessen und Deutschland eine umfassende Bildungsreform braucht. Mit Ideen für unsere Schule der Zukunft möchten wir mit der Position der Schülerinnen und Schüler eine mutige Debatte in Parteien, Interessensgruppen und vor allem der hessischen Gesellschaft anstoßen. Dabei glauben wir: Jede Veränderung braucht eine Vision. Wir erleben in der hessischen Bildungslandschaft, dass vielfach ohne ein gemeinsames Ziel gehandelt wird. Ohne eine gesellschaftliche Vision von Bildung werden wir es nicht schaffen, das Bildungssystem nachhaltig zu verändern. Um es mit den Worten des französischen Schriftstellers Antoine de Saint-Exupéry zu sagen: „Wenn du ein Schiff bauen willst, dann rufe nicht die Menschen zusammen, um Holz

¹ Vgl. dazu etwas vom Zukunftsforscher Matthias Horx prognostizierten elf Megatrends, zu denen auch der Megatrend Bildung gehört (URL: <http://www.zukunftsinstitut.de/megatrends> [Stand: 17.09.2012])

² Exemplarisch dazu sei auf die Berliner Rede des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler verwiesen. Für die am 21. September 2006 gehaltene Rede hatte er „Bildung für alle“ als Schwerpunkt gewählt (URL: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2006/09/20060921_Rede_Anlage.pdf;jsessionid=90E3AE02CB1913DC61FCC549258BA040.2_cid293?__blob=publicationFile&v=3)

zu sammeln, Aufgaben zu verteilen und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem großen, weiten Meer.“ Wir brauchen in der Gesellschaft genau diese Sehnsucht nach einer Vision von Bildung, für die wir gemeinsam eintreten. Nur dann gelingt der Weg der Veränderung!

In diesem Grundsatzprogramm wollen wir diese grundlegenden Positionen formulieren und zu diesem entscheidenden Zeitpunkt in die öffentliche Diskussion einbringen. Neben konkreten Standpunkten zum Aufbau und zur Gestaltung des Bildungssystems schien es wichtig, sich auf ein Papier stützen zu können, das unser Grundverständnis von Bildung zeigt und unsere übergreifenden Bildungsziele, für die wir im Auftrag der hessischen Schülerschaft eintreten, zum Ausdruck bringt. Wir möchten mit diesem Grundsatzprogramm bewusst über den Tellerrand hinausschauen und unsere Bildungsideale formulieren. Bei der Entwicklung dieser Schrift war uns die Einbindung der Schülerinnen und Schüler sehr wichtig. Die Schülervertretung ist gewählt, nicht erwählt. Wenn es darum geht, Schülerpositionen zu beschließen, auf die sich jeder und jede stützen kann, dann sollte es auch für die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit geben, ihre Meinung einzubringen und selbst zu einem Teil des Grundsatzprogramms zu werden.

Unser Bildungsverständnis

Bildung als gesellschaftliche Aufgabe

In Deutschland leben knapp 82 Millionen Bildungsexperten. Warum halten wir uns alle für Bildungsexperten? Die Antwort ist offensichtlich. Wir durchlaufen alle mehrfach das Bildungssystem und scheinen Experten in Sachen Bildung zu sein. Darunter sind natürlich auch einige, die im Bildungssystem direkt beschäftigt sind und in Kinderbetreuungseinrichtungen, in Schulen oder in der beruflichen Bildung ganz unmittelbar Bildung gestalten. Schließlich gibt es noch die Bildungsexperten im engeren Sinn, die sich als Wissenschaftler, Politikberater oder Entscheidungsträger mit dem Thema Bildung beschäftigen.

Wenn eine Gesellschaft so viele Bildungsexperten hat, sollte die Antwort auf die Frage, was Bildung ist, eine Leichtigkeit sein. Doch weit gefehlt. Würde man alle Sichtweisen und Forderungen zusammentragen, dann würde dies ein heterogenes Bild vieler teilweise auch widersprüchlicher Einzelforderungen ergeben. Dieser Befund ist Ausdruck des schon erwähnten Mangels an gemeinsamen Visionen. Denn es wird viel über Bildung gesprochen, aber es findet kaum Kommunikation zwischen den Betroffenen über das, was wir unter Bildung verstehen, statt. Diese Verständigung, dieser gemeinsame Dialog von Betroffenen, die damit zu Beteiligten werden, muss dringend geführt werden.

Das Streben nach Erkenntnis, der Drang nach Bildung ist tief in der menschlichen Natur verankert. „Tugend und Bildung“, das ist der Zweiklang, welcher nach dem Humanisten Erasmus von Rotterdam charakteristisch ist für das Menschsein. Um eben jenen Zweiklang aus „Tugend und Bildung“ dreht sich unser Bildungsverständnis, sowie jenes aus der Antike. Der Begriff „Bildung“ beinhaltet für uns nicht ausschließlich die Ausbildung der Verstandeskkräfte (d.h. die Schulung der analytischen und methodischen Fertigkeiten), sondern greift weiter, indem er nie ohne einen zwischenmenschlichen, beruflichen, ethischen und religiösen Kontext gedacht werden kann.

Bildung ist für uns der Wegweiser für die Inklusion in die Gemeinschaft/Gesellschaft. Vermittlung von Bildung ist so die Anleitung zur Sozialkompetenz und der Fähigkeit zur autonomen Meinungsbildung.

Deshalb ist für uns die Entwicklung selbstbestimmter Persönlichkeiten zentrales

Bildungsziel, welche ihre individuelle Verantwortung für sich und die Gemeinschaft durch Bildung zu erkennen und auch wahrzunehmen vermögen.

Bildung soll

- den Menschen befähigen, ein mündiger, kritischer (reflektierender) und autonomer Akteur in unserer Gesellschaft zu sein.
- durch „Bildung des Herzens“ Sozialkompetenz und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein stärken und zur Übernahme von Verantwortung anregen
- Chancengleichheit herstellen

Bildung soll den Einzelnen unter der Prämisse der Solidarität mit seinen Mitmenschen, denen Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, aufgrund gesellschaftlicher Verhältnisse, Unterprivilegierung, politischer Einschränkung oder Unterdrückung vorenthalten werden, zur autonomen und selbstbestimmten gesellschaftlichen Partizipation und Teilhabe befähigen. Wir verstehen Bildung demnach vor allem als Mittel und Fähigkeit zu einer selbstbestimmten Persönlichkeitsentwicklung. In diesem Sinne ist Bildung als ein andauernder, persönlichkeitsbildender Prozess zu verstehen.

Bildung – mehr als nur ...

Mit diesem Verständnis von Bildung grenzen wir uns von der an vielen Stellen sichtbar werdenden Tendenz, dass Bildung primär unter dem Aspekt des ökonomischen Nutzens betrachtet wird. Mit Begriffen wie der Rede von der Informations- und der Wissensgesellschaft wird suggeriert es gehe bei Bildung in erster Linie um die möglichst effiziente Verarbeitung von Informationen zu einem für die Ökonomie nutzbaren Wissen. Im Umkehrschluss wird Wissen, das auf den ersten Blick nur einen geringen ökonomischen Nutzen verspricht, als nicht relevant eingeschätzt.

Dies führt unweigerlich zur Frage, was wir unter Wissen verstehen. Nach dem Wiener Philosophen Konrad Paul Liessmann ist Wissen eine „Form der Durchdringung der Welt: erkennen, verstehen, begreifen.“³ Wir alle haben die Erfahrung gemacht: Wir können nur dann etwas begreifen, wenn wir uns mit den Hintergründen auseinandergesetzt haben. Oder anschaulicher ausgedrückt: Wir werden den Eisberg dann erkennen, wenn wir unter seine Eisspitze schauen. Liessmann formuliert das so: „Wissen existiert dort, wo etwas erklärt oder verstanden werden kann, Wissen referiert auf Erkenntnis, die Frage nach der Wahrheit ist die Grundvoraussetzung für Wissen.“⁴ Man könnte auch sagen, dass es bei Wissen um die Frage nach dem „Warum“ ankommt.

Nach diesem Verständnis von Wissen müssen wir jeglichen Multiple-Choice Tests, dem Auswendiglernen von Namen, Begriffen, Daten und sonstigen Informationen eine klare Absage erteilen. Interessant scheint auch die folgende Frage, mit der sich Liessmann beschäftigt: Gibt es sinnvolles und sinnloses Wissen?

Nein! Denn „ob Wissen nützen kann, ist nie eine Frage des Wissens (...)“⁵ Auf ein konkretes Beispiel bezogen heißt das: Ob den Schülerinnen und Schülern das Lesen von Goethes Faust später einmal Anwendungsmöglichkeiten im Leben bietet, ist mehr als fraglich. Dennoch fordert das Werk alle Leserinnen und Leser auf, sich in neue Formen der Durchdringung der Welt einzulassen. Es öffnet sich ein neuer geistiger Horizont. Das Werk wirft Fragen auf, die sich viele sonst in der Form nicht gestellt hätten. „Was ist es, was die Welt im Innersten zusammenhält?“ Die Beschäftigung mit dieser Frage wühlt auf, regt an und lässt uns alle Umwege gehen. Diese Umwege zeigen ihre Wirkung eventuell nicht an konkreten Lebenssituationen, aber schaffen es, unsere Augen für neue gesellschaftliche Themen zu öffnen!

Daher greifen die Prognosen vom ständig wachsenden und sich immer schneller vervielfachenden Wissen als Begründung auf ein auf Effektivität und Effizienz ausgerichtetes Bildungsverständnis zu kurz. Denn erst ein Lernen in Sinnzusammenhängen ermöglicht es Informationen einzuordnen und daraus Wissen zu erlangen.

Unbestritten ist, dass Bildung auch dazu beitragen soll, dass das Individuum seinen Platz in der Gesellschaft findet und sich entsprechend seiner Fähigkeit, Möglichkeiten und seines Wissens einbringen kann. Eine Vorbereitung auf die zukünftigen Anforderungen in der Arbeitswelt ist daher auch eine legitime Anforderung an das, was Bildung leisten soll. Wir sind der Meinung: Wer sich umfassend durch die Stärkung der persönlichen Autonomie zu einer kritischen und selbstbestimmten Persönlichkeit entwickelt hat, der bringt die besten Voraussetzungen, um auch den sich wandelnden Anforderungen der Arbeitswelt gerecht zu werden.

^{3 4 5} Liessmann, Konrad Paul 2006: Theorie der Unbildung, Wien, S. 29

Wie ist es um die Bildungschancen in unserem Land bestellt?

Der englische Philosoph Francis Bacon erkannte schon: „Wissen ist Macht.“ Das heißt aber in der Folge auch: Wenn alle Menschen über dieses Wissen verfügen, stellt Wissen keine Macht mehr da. Wir könnten auch sagen: Wenn alle Menschen gebildet sind, gibt es jene eine Gruppe nicht mehr, die ihre Bildung zur Machtausübung und Machterhaltung nutzen könnte. Auf unser gegenwärtiges Bildungssystem übertragen bedeutet das, dass es eine Gruppe gibt, die durch die Selektion scheinbar gewinnt und eine andere Gruppe, die verliert. Wir haben ein Bildungssystem der Verlierer und Gewinner. Im deutschen dreigliedrigen Schulwesen ist der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft so groß wie in den Schulen keiner anderen Industrienation.⁶ Nicht die Leistung, sondern das soziale Umfeld der Geldbeutel der Eltern bestimmt den Bildungsweg der Schülerinnen und Schüler.

Trotz oder vielleicht gerade wegen der massiven Selektion in deutschen Schulen sind die Leistungen aber nur mittelmäßig oder unterdurchschnittlich. Wie wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, findet im starren Frontalunterricht eine Gleichmacherei zu Lasten der Stärksten und Schwächsten an unseren Schulen statt. Warum wird von einzelnen Parteien dennoch an diesem Selektionsmodell festgehalten?

Die Antwort auf diese Frage ist einfach und bedenklich zugleich: Es ist reines politisches Kalkül. Es geht dabei um nicht weniger als Klientelpolitik, bei der nicht die Leistungseliten, sondern die Geldeliten in unseren Schulen und Hochschulen gefördert werden. Und dass dieses Klientel daran interessiert ist, eine von anderen Gesellschaftsgruppen erhobene Stellung zu haben, erkannte schon Bacon. So ist es ein Irrglaube, dass die Utopie zur Überwindung von Gesellschaftsklassen endlich Realität geworden ist. Vielmehr sehen wir uns nach wie vor dem Problem gegenübergestellt, dass soziale Ungleichheiten nicht beseitigt, sondern durch das System noch gestärkt werden. Und wie kann sie das schaffen? Durch Wissen bzw. Bildung wie Bacon richtig feststellt. Denn wenn alle Menschen die gleichen Chancen auf Bildung haben, verliert eine Gruppe ihre exklusive gesellschaftliche Stellung. Damit gründet das dreigliedrige Schulsystem auf einem menschenverachtenden Modell der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, was von einer unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen ausgeht.

Wir sagen ganz klar: Jedes Kind hat ein Recht auf die bestmögliche Bildung und Achtung seiner Individualität! Für uns sind alle Menschen gleich wert, gleich zu achten und gleich zu schützen – unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit, sozialer und ethnischer Herkunft oder ihres Geschlecht. Wir lehnen daher ein mehrgliedriges Schulsystem nicht nur aufgrund der schwachen Leistungserfolge dieses Systems ab. Vielmehr geht es dabei um ein Menschenbild: Jeder Mensch ist wertvoll und besitzt besondere Fähigkeiten. Wir möchten eine Gesellschaft, bei der wir von- und miteinander lernen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass Bildung der zentrale Baustein für eine Gesellschaft ist. Wenn wir eine vielfältige und tolerante Gesellschaft möchten, brauchen wir inklusive Schulen – ohne Wenn und Aber! Dabei zählt jede Schülerin und jeder Schüler. Wenn wir junge Menschen bereits institutionell trennen, beginnen wir auch die Trennung der Gesellschaft. Eine gemeinsame Gesellschaft existiert nur dort, wo unterschiedliche Menschen einander begegnen und sich mit ihren vielfältigen Persönlichkeiten erleben.

Wir dürfen keine Schülerinnen und Schüler mehr verlieren, indem wir ihre besonderen Talente und vielfältigen Begabungen schon frühzeitig in der Schule zerstören. Der bekannte Entwicklungsbiologe und Hirnforscher Gerald Hüther geht sogar weiter, in dem er sagt: „Jedes Kind ist hochbegabt.“⁷ Mit dieser Einschätzung ist er nicht realitätsfern, sondern hat umgekehrt erkannt, dass jeder Mensch besondere Potentiale hat. Bildung muss diese Potentiale herausholen und würdigen.

Das skandinavische Vorbild zeigt, dass inklusiver Unterricht, Schule ohne Sitzenbleiben und Benotung mittels Ziffern realisierbar und Leistungsstärke und soziale Gerechtigkeit kein Widerspruch für ein modernes Bildungssystem sind. Eine Gemeinschaftsschule macht Schluss mit der „Deutschen Homogenitätstlüge“. Statt vermeintlich gleiche Leistungsgruppen zu erzwingen, muss die natürliche Verschiedenheit der Schülerinnen und

⁶ Sustainable Governance Indicators 2011: Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland?

⁷ Gerald Hüther & Uli Hauser (2012): Jedes Kind ist hoch begabt: Die angeborenen Talente unserer Kinder und was wir aus ihnen machen, München.

Schüler anerkannt und respektiert werden. Das ist nicht nur eine Frage der Zukunftsfähigkeit eines Landes, sondern auch und gerade eine Frage des Menschenbilds!

Grundlage unseres Handelns: Unser Menschenbild

Jedes Kind ist wertvoll und hat besondere Potentiale, von der die Gemeinschaft bereichert wird. Als aufgeklärte Schülerinnen und Schüler lehnen wir daher deutlich die menschenverachtende These ab, dass manche Kinder von Geburt an weniger wert seien als andere. Vielmehr sehen wir Verschiedenheit nicht als Schwäche, sondern als Stärke von jungen Menschen und einer Gesellschaft.

Der Mensch hat von Geburt an grundlegende Verhaltensweisen der Solidarität mit den Schwachen und des Einsatzes für Fairness und Gerechtigkeit. Vielfache Studien mit Kindern haben gezeigt, dass sie ein ausgeprägtes Moralbewusstsein haben, welches zunehmend abstumpft.⁸ Die Gestaltung von Bildung ist dafür maßgeblich verantwortlich. Leistungsdruck und fragwürdige Belohnungsmodelle schaffen die falschen Anreize. Engagement gibt es plötzlich nur noch dann, wenn Kinder für eine Handlung belohnt werden. Dass wir dabei den Menschen negativ verändern, ist mehr als bedenklich.

Kinder wollen von sich aus ihre Umwelt erkunden und erleben. Das bedeutet, dass wir bei den Kindern die Neugierde und die Begeisterung für die Umwelt gar nicht entwickeln müssen, sondern wir sie in ihrem Grundstreben unterstützen und fördern müssen. Wir müssen ihnen also die Möglichkeit eröffnen, selbst aktive Gestalter ihrer eigenen Bildungsprozesse zu werden. Das gelingt nur dann, wenn wir den freiheitlichen Raum für diese Lernprozesse geben. Dass Leistungsdruck diese vorhandene Begeisterung bei den Kindern schnell zerstört, ist völlig verständlich. Auch wir haben eine Vorstellung von Leistung in der Schule. Wir definieren Leistung aber nicht durch das Übertrumpfen anderer, sondern durch das Erreichen selbst gesetzter wie auch kollektiver Ziele. Wir setzen uns für eine friedliche, freie, gerechte und solidarische Gesellschaft ein, indem die zukünftigen Generationen als wertorientierte und weltoffene Menschen handeln.

Bildung begreifen wir als sozialen Prozess, bei dem sich alle Beteiligte sowohl als Lehrende als auch Lernende verstehen. Kinder sollen von der Heterogenität der Lerngruppe bereichert werden, in dem sie von- und miteinander lernen.

⁸ 8 Vgl. Precht, Richard David 2012: Die Kunst kein Egoist zu sein, München, S. 126 - 139

Wer ist Schule?

Ziele der Schulgemeinschaft

Schule ist eine Gemeinschaft. Zu ihr gehören wir Schülerinnen und Schüler, unsere Lehrkräfte, unsere Erziehungsberechtigten und selbstverständlich auch das schulische Verwaltungspersonal. Schule ist ein Team, das sich zum Ziel macht, uns Schülerinnen und Schüler auf unseren späteren Lebensweg in einer weltoffenen und demokratischen Gesellschaft vorzubereiten. Mitglieder der Schulgemeinschaft sollen sich gegenseitig respektieren und als vollwertige Mitglieder der Arbeitsgruppe anerkennen und wertschätzen. Gemeinsame Arbeit auf Augenhöhe ist die unmittelbare Voraussetzung für ein gelingendes Miteinander. Alle Beteiligten in der Schulgemeinde müssen sich als Lernende begreifen, die sich auf einen gemeinsamen Lernprozess einlassen. Nur wenn alle spüren, dass sie mit ihren Ideen tatsächlich etwas verändern können, kann eine Beteiligungskultur entstehen.

Die vier Gruppen im Überblick:

Schülerinnen und Schüler

Wir Schülerinnen und Schüler wollen uns innerhalb der Schulgemeinschaft zu mündigen und demokratischen Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Die Schulgemeinschaft muss uns dabei unterstützen, Verantwortung zu übernehmen. **Dabei ist es wichtig, dass nicht wir uns an die Schule anpassen, sondern sich die Schule an uns anpasst.** Das damit verbundene Ziel ist, dass wir uns mit unserer Vielfalt frei nach unseren Begabungen entwickeln können und bei diesem Lebensprozess von der Schulgemeinschaft begleitet werden. Aufgrund des langen Zeitraums, die Lehrerinnen und Lehrer mit uns jungen Menschen verbringen, ist eine kollegiale Beziehung zwischen den Gruppen innerhalb der Schule sehr wichtig.

Lehrkräfte

Lehrerinnen und Lehrer nehmen eine hoch verantwortungsvolle Aufgabe innerhalb der Gesellschaft wahr. Sie begleiten Schülerinnen und Schüler über einen sehr langen Zeitraum in ihrem Lern- und Entwicklungsprozess und nehmen somit einen wichtigen Platz ins unserem Leben ein.

Lehrerinnen und Lehrer sind mehr als Wissensvermittler. Sie müssen ihr fachliches Wissen und ihre pädagogische und didaktische Kompetenz dazu nutzen, Schülerinnen und Schüler bei dem selbstständigen Lernprozess durch eine Interaktion auf Augenhöhe zu unterstützen. Dabei sollen sich Lehrende auch als Lernende begreifen und sich auf den gemeinsamen Lern- und Forschungsprozess mit den Schülerinnen und Schülern einlassen. Lehrerinnen und Lehrer tragen entscheidend zur Persönlichkeitsentfaltung bei. Darin liegt ihre Verantwortung.

Erziehungsberechtigte

Unsere Erziehungsberechtigten gehören ebenfalls zu wichtigen Akteuren in der Schulgemeinschaft. Deshalb müssen sie die Möglichkeit bekommen, sich an der Gestaltung der Schule ihrer Kinder zu beteiligen und mitzuwirken. Zudem haben Erziehungsberechtigte ein immenses Interesse an der Bildung ihrer Kinder. Dieses Eigeninteresse ist für die erfolgreiche Gestaltung einer modernen Schule von großer Bedeutung. Es muss allerdings klar sein, dass die Schule als staatliche Institution einen gesellschaftlichen Bildungsauftrag hat. Der Bildungsauftrag dient daher nicht dem Interesse Einzelner, sondern orientiert sich am gesellschaftlichen Interesse.

Verwaltungskräfte

Hausmeisterinnen und Hausmeister, Sekretärinnen und Sekretäre, Reinigungskräfte und sonstige helfende Hände im Schulalltag tragen durch ihre Leistung und ihr Engagement jeden Tag zum Erfolg der Schulgemeinschaft bei. Ihnen gebührt Anerkennung und ein Beteiligungsrecht am Gestaltungsprozess der Schule. Sie sind vollwertige Mitglieder der Schulgemeinschaft.

Säule 1: Die inklusive Schule

Worum geht es bei Inklusion? Inklusion bedeutet die gesellschaftliche Teilhabe aller durch Wertschätzung ihrer Verschiedenheit. Eine inklusive Schule ist also eine Schule für alle, für jede Schülerin und jeden Schüler, unabhängig von Behinderung, Einschränkungen, sozialer Benachteiligung oder Migrationshintergrund. Für uns heißt das konkret, dass wir ein Bildungssystem möchten, bei dem alle Kinder gemeinsam von- und miteinander lernen – ohne Ausgrenzung und Selektion!

Nach dem Verständnis der Inklusion muss daher das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft und eine Gemeinschaftsschule eingeführt werden.

Warum ist uns inklusive Bildung wichtig? Wir sind der festen Überzeugung, dass Bildung der zentrale Baustein für eine Gesellschaft ist. Wenn wir eine vielfältige und tolerante Gesellschaft möchten, brauchen wir inklusive Schulen – ohne Wenn und Aber! Dabei zählt jede Schülerin und jeder Schüler. Wir dürfen keine Schülerinnen und Schüler mehr verlieren, indem wir ihre besonderen Talente und vielfältigen Begabungen schon frühzeitig in der Schule zerstören. Das passiert bereits ganz einfach dadurch, dass wir Schülerinnen und Schüler auf unterschiedliche Schulformen trennen. Wir sind uns sicher: Unterschiedlichkeit bereichert! Deshalb sollten wir nicht selektieren, sondern umgekehrt gemeinsam uns als Menschen erleben und so stets neue Potentiale entdecken.

Wie sieht es bei der Umsetzung von Inklusion aus?

Inklusion ist ein Menschenrecht!⁹ Menschenrechte dürfen nicht an den Kosten scheitern. Wer tatsächlich hinter Inklusion steht, stellt auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung. Seit Sommer 2011 haben theoretisch alle Schülerinnen und Schüler das Recht auf eine inklusive Schule.¹⁰ Doch dieses Recht steht im hessischen Schulgesetz unter dem so genannten Ressourcenvorbehalt¹¹: Es muss nicht eingelöst werden, wenn entsprechendes Personal, Räume und Ausstattung fehlen. Eine Schule mit Treppen wird ein Kind im Rollstuhl abweisen dürfen, wenn sie keine Rampen oder Fahrstuhl hat. Ohne Ressourcen wird Inklusion nicht gelingen. Seit Beginn des Schuljahres wurden bereits mehr als 260 Schülerinnen und Schüler abgelehnt. Das sind genau 260 zu viele, denen wir ihr Menschenrecht auf inklusive Bildung nehmen.¹² Wie muss Schule vor diesem Hintergrund für gelingende Inklusion verändert werden?

Gemeinsamer Unterricht (GU) als Regelunterricht

Herzstück des inklusiven Schulsystems bildet der gemeinsame Unterricht als Regelunterricht. Im gemeinsamen Unterricht lernen alle Schülerinnen und Schüler in jahrgangübergreifenden Gruppen gemäß ihren individuellen Bedürfnissen. Leitmotiv des erfolgreichen Lernens ist die individuelle Förderung durch individualisierte Lehrpläne auf Basis gemeinsamer Projekte. Phasen des gemeinsamen Arbeitens in der Gruppe und des individuellen Lernens wechseln sich ab. Im Fokus steht so die Persönlichkeitsentfaltung

Jahrgangübergreifendes Lernen

Um das Lerntempo der einzelnen Schülerin oder dem einzelnen Schüler anzupassen, soll der zeitliche Rahmen nicht fest vorgegeben, sondern flexibel sein. Unterricht in jahrgangübergreifenden Gruppen bietet zahlreiche Chancen für die Entwicklung jedes Einzelnen: Er mindert die Konkurrenz der Schülerinnen und Schüler untereinander und die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes gewinnt an Bedeutung. Weiterhin wirkt sich der gemeinsame Unterricht leistungsfördernd aus, da jüngere Kinder durch den höheren Entwicklungsstand der älteren Mitschülerinnen und Schüler angeregt werden und voneinander lernen. Der jahrgangübergreifende Unterricht lässt außerdem eine höhere Flexibilität zu: Die Grundschule bzw. Sekundarstufe I kann schneller durchlaufen werden, ohne eine Klasse verlassen zu müssen, da leistungsstarke Schülerinnen und Schüler bereits die Unterrichtsziele der höheren Klassen anstreben können. Kinder, die mehr Zeit fürs Lernen benötigen, können ohne „Sitzenbleiben“ länger in der jeweiligen Lerngruppe verbleiben. Somit ist der jahrgangübergreifende Unterricht ein wichtiges Mittel zur individuellen Förderung.

⁹ § 24 Abs. 2 UN-Behindertenrechtskonvention

¹⁰ § 52 des Hessischen Schulgesetzes in der Fassung vom 14. Juni 2005 (GVBl. I S. 441), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2011 (GVBl. I S. 679)

¹¹ § 49 und 51 ff. des Hessischen Schulgesetzes in der Fassung vom 14. Juni 2005 (GVBl. I S. 441), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2011 (GVBl. I S. 679)

¹² Trautsch, Matthias 2012: Inklusion überfordert viele Schulen. URL: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/260-antraege-abgelehnt-inklusion-ueberfordert-viele-schulen-11864496.html>

Binnendifferenzierung

Der gemeinsame Unterricht ist so zu gestalten, dass eine innere Differenzierung gewährleistet ist. Dazu ist der flexible Einsatz von Unterrichtsmethoden notwendig. Jede Schülerin und jeder Schüler arbeitet einerseits auf Grundlage seines individuellen Lehrplans, aber trotzdem zusammen mit der Gruppe, damit die Individualisierung nicht das soziale Lernen verdrängt. Geeignet dazu sind Lernformen wie projektorientiertes Lernen, Wochenplanarbeit und Gruppenarbeiten: Tages- und Wochenpläne lassen sich so gestalten, dass der Einzelne individuelle Lernschritte geht.

Auch gemeinsame Unterrichtsthemen lassen sich mit verschiedensten Differenzierungen bearbeiten. Wichtig ist, dass die Mitglieder einer Lerngruppe sich regelmäßig untereinander austauschen und dass Gruppierungsformen (Gruppengrößen, Zusammensetzung) wechseln. Einzelarbeit darf den Unterricht nicht dominieren. Auf diese Weise erfolgt vertieftes individuelles Lernen, gemeinschaftliches Zusammentragen und inhaltliches Vernetzen verschiedener, thematisch passender Aspekte und Lernergebnisse. In der Kleingruppe helfen sich Schülerinnen und Schüler gegenseitig und lernen dabei von- und miteinander.

Eigenverantwortung und individuelle Schwerpunktsetzung

Das Lernen in einem inklusiven Umfeld soll von den Schülerinnen und Schülern mitgestaltet und deren Interessen soweit wie möglich berücksichtigt werden. Unterricht, der sich an Interessen ausrichtet, ist wesentlich schülerorientierter als Unterricht, der Interessen aufzwingt. Weiterhin muss es ein breit gefächertes Angebot an Wahlpflichtfächern geben. In wachsender Eigenverantwortung sollen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, ihre Lernprozesse selbstverantwortlich an ihren Stärken und Schwächen auszurichten.

Leistungsbewertung

Wenn jede Schülerin und jeder Schüler nach einem individuellen, an ihn angepassten Lehrplan lernt, darf auch die Leistungsbeurteilung nicht mit einer Messlatte vorgenommen werden, die für alle gleich ist. Um das gemeinsame Lernen aller wirklich gelingen zu lassen, ist es dringend notwendig, auch das bewertende Vergleichen von Menschen, die nicht vergleichbar sind, abzuschaffen. An die Stelle des bisherigen Bewertungssystems müssen neue, individuellere Formen der Leistungsbewertung treten.

Der Sinn von Zeugnissen darf nicht sein, Schülerinnen und Schüler „abzustrafen“ und in die Kategorien „gut“, „mittel“ und „schlecht“ einzuordnen. An die Stelle von Noten sollten Lernentwicklungsberichte treten, die dem Schüler oder der Schülerin rückmelden, wie sich sein oder ihr individueller Leistungsstand entwickelt hat. Zeugnisse sollten eine ermutigende, gegebenenfalls auch kritische Würdigung dessen sein, was vom Lernenden erreicht wurde und darüber hinaus Hinweise geben, was die nächsten Lernschritte sein werden. Sinn dieser Leistungsrückmeldung muss es sein, neue Lernmotivation und Transparenz für Schülerinnen und Schüler und Eltern zu schaffen.

Das aktuelle sechsstufige Notensystem kann diesen Ansprüchen nicht gerecht werden und ist daher für den inklusiven Unterricht schlicht ungeeignet. An seine Stelle müssen individuelle, schriftliche Lern- und Entwicklungsberichte treten.

Umwandlung der Förderschulen in Ressourcen- und Kompetenzzentren

In der Übergangszeit werden Förderschulen in Kompetenzzentren umgewandelt, die die Aufgabe haben, allgemeine Schulen auf dem Weg zur Inklusion begleiten. Sie verwalten Inklusionsmittel und sind auf allen Ebenen beratend und vernetzend tätig. Weiterhin dienen sie als Ressourcenzentren, da nicht jede allgemeine Schule über alle im Einzelfall notwendigen Hilfsmittel verfügen kann.

Parallelstrukturen langfristig verhindern

Doppelstrukturen sind nur für eine begrenzte Übergangszeit möglich. Ein zweigleisiges Fördersystem, in dem ein Teil der Schülerinnen und Schüler inklusiv unterrichtet wird bei gleichzeitiger Beibehaltung der Förderschulen, ist unbedingt zu vermeiden, da es schwerwiegende Folgeprobleme mit sich bringt: Einmal würden die Schülerzahlen an Förderschulen sinken, da sich Schüler mit Förderbedarf nun auf Regelschulen und Förderschulen aufteilen würden, was zur Folge hätte, dass Förderschulen wegen mangelnder Schülerzahlen geschlossen werden. Das würde für die auf Förderschulen unterrichteten Kinder längere Schulwege bedeuten, außerdem zu einer Problemkonzentration an „Restschulen“ führen und wäre damit die schlechteste Lösung für Schüler mit Behinderung. Außerdem würden Parallelstrukturen gravierend höhere Kosten bedeuten.

Da die finanziellen Mittel ohnehin begrenzt sind, würde eine Zweigleisigkeit zu einer schlechten Ausstattung, Mittelknappheit und Mittelmäßigkeit auf beiden Seiten und dadurch auch zwangsläufig zu einer Unterrichtsverschlechterung führen. Dieses Geld sollte stattdessen in die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern investiert werden.

Fazit

Inklusion kann nur durch die Neugestaltung von Schule und Unterricht gelingen. Die hier vorgestellten Maßnahmen zeigen die ersten Schritte auf dem gesellschaftlich anspruchsvollen Weg zur inklusiven Bildung.

Säule 2: Die Demokratische Schule

Beteiligung als Schlüssel zum Demokratie (er)leben in der Schule

„Übung macht den Meister“. So ist es auch mit der Demokratie.

Schule ist ein Ort, an dem wir Schülerinnen und Schüler nicht nur theoretisch mit Demokratie in Berührung kommen sollten. Wir sollten viel mehr Demokratie leben. Dies erfordert weitreichende Möglichkeiten der Mitbestimmung und ein Miteinander aller Beteiligten auf Augenhöhe. Diese Beteiligung ist ein kontinuierlicher Prozess, der in der Schule frühzeitig begonnen werden muss. Denn ein Sprichwort besagt „Übung macht den Meister“. So ist es auch mit der Demokratie. Je früher wir in demokratische Prozesse miteinbezogen werden, desto schneller kommen wir auch in diesem Demokratietraining voran.

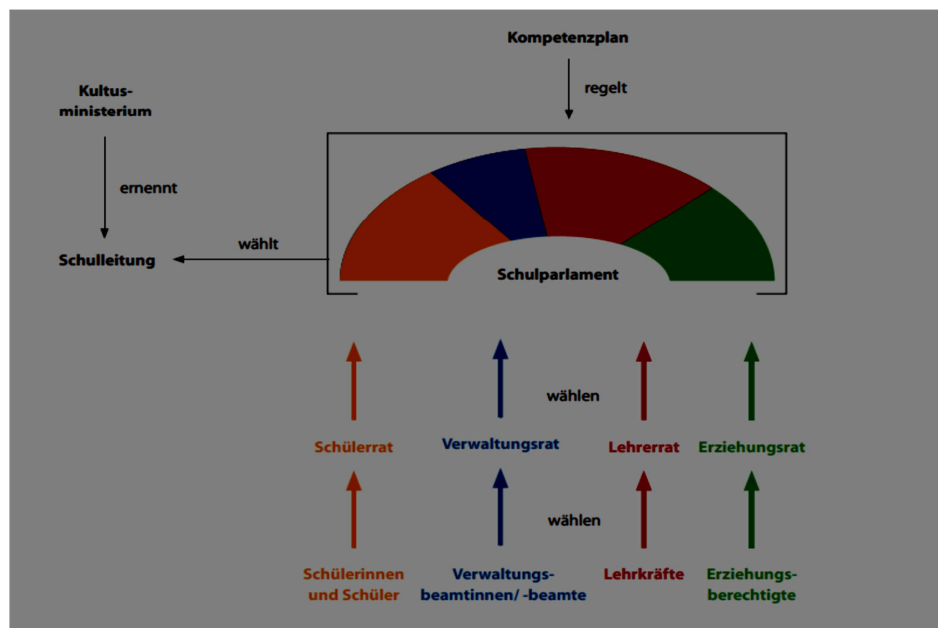
Damit wir auch im späteren Leben für uns sowie andere Mitmenschen Verantwortung übernehmen können, müssen wir Schülerinnen und Schüler bereits vorher gelernt haben, Entscheidungen eigenständig zu treffen und uns als aktiven Teil von Entscheidungsprozessen erlebt haben. Wenn wir die Demokratie als Gesellschaftsmodell ernst nehmen, dann muss dieses Modell auch für die verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen, insbesondere für das Bildungssystem gelten.

Nur durch demokratische Entscheidungsstrukturen an der Schule ist es möglich das Treffen von Entscheidungen praktisch zu lernen und zu erleben. Bei Entscheidungen sollen die Menschen mit eingebunden werden, die auch betroffen sind. Denn die Betroffenen kennen ihren Bedarf am besten. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung ihres schulischen Alltags, von der Architektur bis hin zum Unterricht selbst, ist letztlich auch der Schlüssel für gelingende Bildung. Aber auch die Schulgemeinschaft gewinnt durch eine Beteiligungskultur: Das partnerschaftliche Miteinander von Menschen mit unterschiedlicher sozialer Herkunft, Religion, Ethnie und unterschiedlichem Alter fördert den sozialen Frieden und wirkt sich positiv auf die Lebensqualität und das Miteinander in der Schule aus.

Welche Beteiligungsmöglichkeiten brauchen wir?

In einer demokratischen Schule dürfen die Mitglieder der Schulgemeinde nicht weiterhin Zuschauer bei Entscheidungsprozessen sein. Vielmehr müssen die Strukturen darauf ausgelegt werden, dass Betroffene zu Beteiligten werden.

Unser Modell des „Schulparlaments“ macht Schule demokratischer. Wir wollen zum einen alle Gruppen beteiligen, die an dem Lebensraum Schule mitwirken. Zum anderen ist es uns ein Anliegen, Grundpfeiler einer Demokratie auch auf die Schule zu übertragen. Wir als junge Menschen werden Demokratie besser verstehen und leben können, wenn unsere Meinung gehört wird und Schulleitungen sowie Kultusministerium die Schülerschaft demokratisch und gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen beteiligt.



Säule 3: Die selbstbestimmte Schule

Die Autonomie der Schulen ist ein zentraler Bestandteil eines zukünftigen Schulsystems, bei dem die Individualität der einzelnen Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt gestellt wird. Der Bildungsort soll sich den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler anpassen und nicht umgekehrt.

Nur wenn sich Schulen eigenständig vor Ort organisieren und sich damit an die Gegebenheiten bestmöglich anpassen, kann Bildung nach dem Anspruch der individuellen Förderung gelingen. Dieses Verständnis gründet auf der Erkenntnis, dass nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden werden soll, sondern diese bei der Gestaltung beteiligt werden. In einer eigenständigen Schule werden Betroffene zu Beteiligten und somit zu den Hauptakteuren der Gestaltung. Für dies ist es unerlässlich, dass Schulen Schülerinnen und Schüler vollständig über Budgets und weitreichende Kompetenzen der Schul- und Unterrichtsgestaltung verfügen.

Selbstverständlich müssen einige Vorkehrungen getroffen werden, damit Schulleitungen nicht überfordert werden und der Schulbetrieb optimal fortlaufen kann. Der Schulleiter ist Pädagoge und kein Manager, demnach muss ihm oder ihr die Möglichkeiten geboten sein, sich weiterhin pädagogisch zu betätigen. Dazu gehört beispielsweise die Bereitstellung von Fachkräften zur Organisation der Buchhaltung, damit dies nicht zu Lasten der pädagogischen Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern übernommen werden muss. Diese sitzen aber nicht länger extern, sondern kommen direkt an die Schulen und können damit die Schulentwicklung entsprechend begleiten und unterstützen.

Zudem sehen wir die Selbstbestimmung einer Schule unmittelbar mit einer Demokratisierung dieser verbunden. Um diesen Anspruch zu verwirklichen, müssen neue Demokratiestrukturen aufgebaut werden. Konkret bedeutet dies, ein Schulparlament eingeführt wird, welches den Schülerinnen und Schülern mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnet und die noch stark vorhandene Entscheidungskraft der Gesamtkonferenz ablöst. Gleichzeitig ist wichtig, dass sich die Politik nicht aus der Verantwortung zieht sondern auch mehr Geld für eine gelingende Autonomie zur Verfügung stellt.

Schulen treten durch ein solches System nicht in Konkurrenz, sondern bekommen die Chance sich besser an die individuellen Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler anzupassen. Die Schulen erhalten dadurch beispielsweise die Chance, Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter nach den Bedürfnissen der Schule einzustellen. Dort, wo Bedarf an Schulsozialarbeiterstellen herrscht, können diese geschaffen, in dem Budgets verschieden genutzt auf die Bedürfnisse der Schule angepasst werden.

Chancengleichheit können wir nur durch die Förderung aller in ihren Potentialen erreichen. Für diesen Anspruch brauchen wir selbstbestimmte Schulen, die dem Auftrag nachgehen können.

Säule 4: Schule als Lebensraum

Schule ist für uns nicht nur der Ort des Lernens und der Bildung. Vielmehr begreifen wir Schule als tagtäglichen Lebensraum, in dem wir uns wohlfühlen müssen. Dieser Lebensraum muss sich unseren Bedürfnissen anpassen und muss ausreichend Möglichkeiten der individuellen Entfaltung schaffen.

Lebensraum Schule braucht Rahmenbedingungen

Um allen Schülerinnen und Schülern Chancengleichheit zu gewährleisten, darf Bildung nicht auf dem Geldbeutel der Eltern aufbauen. Dies bedeutet nicht nur, dass es keine „Schulgebühr“ gibt, sondern auch, dass der Schulweg bis zum Ende der Schulzeit, Frühstück, Mittagessen, Kopien sowie auch alle weiteren Unterrichtsmaterialien (Lektüren etc.) vom Schulträger bereitgestellt werden müssen.

Zu einer interessanten Unterrichtsgestaltung zählt heutzutage auch der Einsatz von Medien. Dies erfordert eine Weiterbildung der Lehrenden bzgl. des Themas „Medienkompetenz“. Die erlernten Fähigkeiten sollten zudem an die Schülerinnen und Schüler weiter gegeben werden.

Lebensraum Schule braucht ausreichend Personal

Oft fällt auf, dass Lehrerinnen und Lehrern die zeitlichen Möglichkeiten und ausreichende Kompetenzen fehlen, um auf die Bedürfnisse der Schülerschaft einzugehen. Um jede Schülerin und jeden Schüler als Individuum zu begreifen und mit seinen persönlichen Stärken und Schwächen umgehen zu können, müssen in der Schule unbedingt weitere Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter geschaffen werden. Für die zusätzlichen Unterrichtsstunden muss weiteres Lehrpersonal eingestellt werden.

Weiterhin sollte statt Unterrichtsausfall ein guter Ersatzunterricht mit pädagogisch, didaktisch und fachlich geschulten Menschen stattfinden.

Schule als Ort für gelingendes Lernen und Leben

Wieso beginnt die erste Stunde um 7:45 Uhr? Zu einem Zeitpunkt, an dem weder Schülerinnen und Schüler noch Lehrerinnen und Lehrer richtig wach sind, um Leistungen erbringen zu können?¹³ Der Schulalltag sollte mit einer offenen Anfangsphase beginnen, in der die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, an einem gesunden Frühstück teilzunehmen, bzw. ihren Projekten weiterzuarbeiten. In dieser Zeit steht ihnen stets eine Lehrkraft als Unterstützung zur Seite. Durch diese Phase passt sich die Schule an den individuellen Biorhythmus jeder Schülerin und jedes Schülers an.

Ein weiterer Punkt ist, dass eine Abwechslung von Lernen und Regeneration vorhanden sein sollte. Die Gestaltung des Stundenplans kann beispielsweise nach dem Mittagessen eine Phase der Bewegung oder einer interessenorientierten Beschäftigung vorsehen. Während dieser Phase bieten verschiedene Vereine musikalische, sportliche, religiöse, soziale, künstlerische, kulturelle und politische Projekte an.

In der Schule müssen Räume geschaffen werden, die Schülern Ruhe und sozialen Austausch ermöglichen

Lebensraum Schule braucht praxisorientierten Unterricht

Wenn man ein besonderes Augenmerk auf die Unterrichtsgestaltung legt, muss man mit Erschrecken feststellen, dass dieser fast ausschließlich theoretisch aufgebaut ist. Wir stellen uns die Frage, warum man dem praktischen Teil trotz seines besonderen Lernerfolgs so wenig Bedeutung zuspricht. Aus diesem Grund fordern wir, dass Unterricht durch eine Vielzahl an Experimenten, Ausflügen und Projekten abwechslungsreicher gestaltet wird. Außerdem ergibt sich daraus ein gewisser Alltagsbezug, der Schülerinnen und Schülern den Sinn hinter dem zu erlernenden Stoff zeigt.

Zusätzlich ist es erforderlich, mehr Praktika durchzuführen. Denn um einen umfangreichen Blick in ein Berufsfeld zu bekommen, reichen zwei Praktika – vor allem in der zurzeit bestehenden Kürze – nicht aus.

Schule braucht Feedback

Um schulintern eine erfolgreiche Bildung zu sichern, muss ein stetiger Austausch in der gesamten Schulgemeinde geführt werden. Hierzu zählen zuerst einmal ausführliche, schriftliche Bewertungen von Lehrerinnen und Lehrern für die Schülerinnen und Schüler. Des Weiteren muss Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben werden, den Unterricht durch konstruktives Feedback zu verbessern. Einen letzten Punkt

¹³ Götsch, Antonia 2006: Schüler im Halbschlaf. URL: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/schueler-im-halbschlaf-fruehaufsteher-erhalten-bessere-noten-a-429974.html> [Stand: 2012-09-23]

stellt die Feedbackkultur zwischen dem Personal (Verwaltungsangestellte, Reinigungsfachkräfte etc.) und sowohl der Schüler- als auch Lehrerschaft dar.

Schule braucht Unterstützung

Da sich die Gesellschaft in Deutschland immer multikultureller gestaltet, ergeben sich momentan durch mangelnde Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache erhebliche Probleme im Unterricht. Jede Schule muss an diesem Problem ansetzen, um Migranten einen fairen und gleichen Bildungsweg zu ermöglichen. Dies kann in Form von kostenlosem Nachhilfeunterricht nach der regulären Schulzeit stattfinden. Zudem sollten flächendeckend an den Schulen kostenlose Trainingskurse bzw. Nachhilfeangebote eingerichtet werden, um die schwächeren Schülerinnen und Schüler gezielt zu unterstützen und um somit den Rückfall zu verhindern.

Gesundes Essen als Grundlage für gute Lernprozesse

Viele Studien zeigen auf, dass jeder Mensch für ein gelingendes Lernen eine gesunde Ernährung braucht. Deshalb sollen Schulen diese Esskultur fördern und darüber aufklären. Der Themenpunkt „Gesunde Ernährung“ muss zukünftig fester Bestandteil des Lehrplans (Klasse 5) sein und soll schon in der Grundschule durch Projekte Raum findet. Des Weiteren soll jede Schule in regelmäßigen Abständen Informationsveranstaltungen und Projekttag organisieren. Neben dem Mittagessen stellt auch das Frühstück ein wichtiges Fundament für einen guten Start in den Tag dar und muss deshalb bereitgestellt werden.

Gemeinsames Essen ist mehr als die Sättigung des Hungergefühls: Wir sind der Meinung, dass eine richtige Essenskultur das soziale Miteinander und die Kommunikation fördert. Dabei spielt vor allen Dingen die Gestaltung der Mensa eine wichtige Rolle: eine gute Belüftung, eine angemessene Beleuchtung sowie schöne Möbel sind für uns wichtige Kriterien. Auch hier gilt wieder die Devise der Beteiligung: Schülerinnen und Schüler sollen regelmäßig die Möglichkeit bekommen, ihre Mensa nach ihren Wünschen zu gestalten. Ansprechend angefertigte Tische mit „Guten-Appetit-Karten“ in verschiedenen Sprachen sind ein Beispiel, wie die Mensa aufgepeppt werden kann.

Fazit

Frei nach Maria Montessori (1870 – 1952) sagen auch wir: „Die Aufgabe der Umgebung ist nicht, das Kind zu formen, sondern ihm zu erlauben, sich zu offenbaren.“ Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen wir Schule als umfassenden Lebensraum für alle Beteiligte begreifen und danach gestalten.

Phase 1: Frühkindliche Bildung

Kindergarten – „Den Kleinen das Beste“

Der spätere Bildungsweg entscheidet sich meist früher, als viele denken. Die Startchancen im Kindergarten sind richtungsweisend für die Entwicklung von Kindern. Aus diesem Grund muss ein neues Bildungssystem auch von unten aufgebaut werden.

Für eine chancengleiche Bildung sind eine Kindergartenpflicht ab dem 3. Lebensjahr sowie ein kostenloser Kindergartenbesuch ab dem 1. Lebensjahr notwendig.

Ziele der frühkindlichen Bildung:

- Kinder experimentieren und entdecken ihre Umwelt
- Kinder lernen gemeinsam mit- und voneinander
- Kinder erleben Demokratie
- Kinder übernehmen Verantwortung
- Kinder lernen Unterschiedlichkeit als Bereicherung für die Gruppe kennen
- Kinder werden kulturell weitergebildet
- Kinder bekommen Feedback und ihnen werden damit ihre Potentiale aufgezeigt
- Kinder werden auf ihren weiteren Bildungsweg vorbereitet
- Kinder lernen generationenübergreifend; Kinder und Erzieher befinden sich auf einer Augenhöhe
- Kinder erleben Wertschätzung

Eine gelingende frühkindliche Bildung zeichnet sich dadurch aus, dass Erzieherinnen und Erzieher Kindern eine freiheitliche und selbstbestimmte Alltagsgestaltung auf Grundlage ihrer eigenen Interessen ermöglichen. Dabei sollen die Kinder alle Sinne in Anspruch nehmen und aktiv und handlungsorientiert lernen. Kinder sind von Natur aus neugierig und entdeckungsfreudig und sollten in dieser Auslebung im Kindergarten gefördert werden.

Lernen ist ein kollektiver Prozess, der im Kindergarten zwischen den Kindern untereinander sowie mit den Erzieherinnen und Erziehern stattfindet. In diesem sozialen Prozess lernen Kinder von- und miteinander und begreifen ihre unterschiedlichen Potentiale als Bereicherung für die Gemeinschaft. Doch Kinder lernen nicht nur unter sich, sondern gerade auch mit den Erzieherinnen und Erziehern. Durch die gleichberechtigte Teilhabe der Erzieherinnen und Erzieher am Lernprozess der Kinder werden sie in ihrer Lern- und Persönlichkeitsentwicklung angeregt. Diese Bedeutung beschrieb der Humanist Erasmus von Rotterdam so: „Mit der Liebe zum Lehrer, beginnt die Liebe zum Lernen.“ Die Erzieherinnen und Erzieher müssen sich als Lernende begreifen und den Kindern auf Augenhöhe begegnen, damit ein sich gegenseitig fördernder Lernprozess gelingen kann.

Vor dem Hintergrund der Bedeutung der Erzieherinnen und Erzieher wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Erzieherausbildung richten.

Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern

Gute frühkindliche Bildung zeichnet sich durch gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher aus. Nur wer rechtzeitige und regelmäßige Praxisbezüge in der Ausbildung hat, kann ein realistisches Bild dieser verantwortungsvollen Rolle bekommen. Erzieherinnen und Erzieher haben tagtäglich mit verschiedensten Biographien zu tun. Dafür ist es unerlässlich, dass sich die Erzieherinnen und Erzieher während der Ausbildung ihrer eigenen Biographie bewusst werden und sich mit dieser reflektiert auseinander setzen.

Für die gesellschaftlich verantwortungsvolle Aufgabe die Erzieherinnen und Erzieher ausführen, bedarf es einem ausreichenden Rückhalt in der Gesellschaft. Dieser zeichnet sich in erster Linie durch Anerkennung der Berufsgruppe aus. Der Erzieherberuf muss gemeinsam mit dem Lehrerberuf die größte gesellschaftliche Anerkennung zugesprochen bekommen. Dies kann unter anderem dadurch gelingen, dass die Erzieherausbildung akademisiert wird und einen besonderen Stellenwert erhält. Zudem sollten Erzieherinnen und Erzieher endlich das Gehalt bekommen, was ihnen vor dem Hintergrund ihrer bedeutsamen Rolle zusteht. Wir müssen uns nur vor Augen führen, dass Erzieherinnen und Erzieher maßgeblich zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen beitragen, die später Verantwortung in unserer Gesellschaft übernehmen sollen.

Um dem Rechtsanspruch eines Kita-Platzes ab dem Jahr 2013 Rechnung tragen zu können, müssen deutlich mehr Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet und eingestellt werden.

Die Zukunft gehört unseren Kindern. Nach diesem Anspruch müssen wir diejenigen besonders würdigen, die die Potenziale unserer Kinder hervorrufen. Sie leisten eine wertvolle Arbeit für die Zukunft unserer Gesellschaft. Doch wie sieht der Anfang der Zukunft aus?

Die Gestaltung des Kindergartens

Für die Entwicklung hin zu einem mündigen Bürger ist es förderlich Demokratie frühzeitig einzuüben. Wer in jungen Jahren bereits Teil demokratischer Prozesse war, kann später leichter ein selbstbestimmter Akteur in unserer Demokratie werden. Um Demokratie erlebbar zu machen, ist die Einführung von Kinderparlamenten/-konferenzen sinnvoll. Im Rahmen dieser Konferenzen können die Kinder beispielsweise an der Gestaltung von Ausflügen, Thementagen oder sonstigen Aktivitäten teilhaben. Auch der offene Umgang mit Problemen in der Gemeinschaft findet Raum innerhalb dieser Sitzungen. Kinder erleben also Demokratie hautnah und gestalten sie nach ihren Möglichkeiten aktiv mit. Als Gestalter brauchen Kinder auch Möglichkeiten, sich nach ihren individuellen Bedürfnissen zu entfalten. Dazu gehören Themenräume, die selbst von den Kindern mitentwickelt werden sollten. Dabei muss klar sein, dass Kindergärten nicht ausschließlich als Erlebnispark zu verstehen sind, in denen eine Reizüberflutung von Angeboten stattfindet. Vielmehr geht es um ein abwechslungsreiches Angebot, was sich an den Bedürfnissen orientiert. Wer selbst ein Angebot mitentscheidet, wird es später auch gerne für sich und andere Kinder wahrnehmen. Das Angebot befindet sich dabei in der Balance zwischen Spannung und Entspannung. Kinder brauchen einerseits Phasen, um ihrer Lebendigkeit und Dynamik Ausdruck zu verleihen. Andererseits sind Ruhephase zum Entspannen, Ausruhen und Träumen ein wichtiger Gegenpol, der schon im Kindergarten erlebt werden muss.

Auch wenn der Kindergarten ein freiheitlicher Gestaltungsraum sein sollte, ist das gemeinsame Erleben und Leben von Werten ein wichtiger Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder. Religionen stellen für viele Menschen einen zentralen Lebensinhalt dar. Umso wichtiger scheint, dass im Kindergarten alle Religionen gleichwertig auftreten (in Form von Festen, Geschichten und Mythen) und zur Wertebildung beitragen. Toleranz und Respekt setzen einen Umgang mit vielfältigen Kulturen und Religionen voraus. Menschenrechte und Humanismus bilden das Werte-Fundament, auf dessen die Gemeinschaftskultur aufbaut.

Mit Blick auf den Übergang in die weiterführende Schule müssen die Kinder einen reibungslosen Wechsel der Bildungsorte erleben. Damit ein solcher Übergang gelingt muss zunächst klar sein, dass die Bildungsorte dem gleichen Bildungsverständnis verpflichtet sind und danach arbeiten. Zudem können aber auch ganz konkrete Initiativen einen Übergang fördern:

- Schulkinder gehen regelmäßig zum Vorlesen in die Kita
- Kita-Kinder kommen regelmäßig zum Vorlesen in die Schule
- Kita-Kinder werden zur Präsentation eines Projektes eingeladen
- Schulutensilien werden von den Schulkindern in der Kita vorgestellt
- Schulkinder beantworten in der Kita die Fragen der zukünftigen Schulkinder
- Unterrichtsteilnahme der zukünftigen Schulkinder

Fazit

Den Kleinen das Beste – und zwar für die Zukunft unserer Gesellschaft. Der Kindergarten ist nach diesem Verständnis der wichtigste Baustein unseres Bildungssystems.

Phase 2: Die Gemeinschaftsschule

Die ersten zehn Jahre des Schullebens durchlaufen die Schülerinnen und Schüler gemeinsam, ohne Trennung, in einer Gemeinschaftsschule. Dabei wird auf Sitzenbleiben genauso verzichtet wie auch eine institutionelle Aufspaltung in Grundschule und Mittelstufe. Die schulischen Lernerfolge werden nicht durch künstliche Schranken eines dreigliedrigen Schulsystems oder angeblich homogenen Klassenverbänden eingeschränkt.

Die Kinder sollen zu Beginn dieser Schulform nicht ins kalte Wasser fallen, sondern ohne ihre spielerische, neugierige Herangehensweise an das Lernen zu verlieren, auch methodisch an Lerninhalte herangeführt werden. Dabei werden die Schülerinnen und Schüler in jahrgangsübergreifenden Gruppen und ihrem eigenen Lernstand entsprechend individuell gefördert, zum Beispiel können Kinder der ersten, zweiten und dritten Jahrgangsstufe eine gemeinsame Lerngruppe bilden.

Die Leitfäden der Gemeinschaftsschule sind neben Chancengleichheit und Förderung der Autonomie von Schülerinnen und Schülern die Vermittlung wichtiger sozialer und demokratischer Werte. Wichtige Instrumente dazu müssen fest verankerte Gestaltungsmöglichkeiten durch Schülerräte, Klassenräte, das Schulparlament und die Schülerversammlung sein. Die Vermittlung von praxisnahen Inhalten und intensive Berufsberatung gewinnen gegen Ende der Schulzeit zunehmend an Bedeutung, um die Schülerinnen und Schüler optimal auf ihren weiteren Lebensweg vorbereitet werden.

Phase 3: Oberstufe – Auf dem Weg zum Abitur

Nach zehn Jahren in einer Schule, die die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Schülerinnen und Schüler fördert, müssen wir den Schülerinnen und Schülern ausreichend Mündigkeit zutrauen, um selbstständig ihren individuellen Bildungsweg in der Oberstufe zu gestalten. In einer Oberstufe, die zwischen zwei und vier Jahren je nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler dauern soll, können wir den unterschiedlichen Lern- und Entwicklungszeiten der Schülerinnen und Schüler gerecht werden. Schülerinnen und Schüler müssen bestimmte Module belegen. Wie in der Universität erhält der Schüler nach Abschluss des Moduls einen Nachweis, dass das Modul mit entsprechender Leistung belegt wurde. Damit können Schülerinnen und Schüler entscheiden, in welchem Zeitraum sie ihre Module abschließen möchten.

Mit Hinblick auf das Zentralabitur stellt die modularisierte Oberstufe kein Hindernis dar. Jedoch müssen die Prüfungen dem Entwicklungsstand der Schülerinnen und Schüler entsprechen und nicht wie bisher der starren Einhaltung der Lehrpläne. Die Arbeit in den Modulen findet in kleinen Projekt- bzw. Lerngruppen statt. In einem Modul wird nach Möglichkeit ein spezielles Thema fachübergreifend bearbeitet, sodass aus verschiedenen Blickwinkeln unter Einbeziehung verschiedener Methoden und Materialien ein bestimmter Schwerpunkt beleuchtet wird.

Beispielsweise könnte ein Modul „Recht und Gerechtigkeit“ angeboten werden. In diesem könnten Fragen der Gerechtigkeit anhand verschiedenster philosophischer Ansichten mit literarischen Werken und aktuellen sozialpolitischen Themen verknüpft werden. So würde man die soziale Ausbeutung eines Franz Woyzeck mit der politischen Philosophie John Rawls und Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit diskutieren. Da modularisierte Schule auch bedeutet, eigentlich fachfremde Methoden zur Aneignung des Lerninhaltes zu verwenden, sollen auch außerschulische Angebote wahrgenommen werden, wie zum Beispiel Exkursionen ins Theater oder in eine Sternwarte. Das fächerübergreifende Lernen ermöglicht so eine tiefere Durchdringung der bearbeiteten Curricula. So wird gemäß unserem Bildungsverständnis selbstständiges und autonomes Denken gefördert und liefert so einen wichtigen Anstoß zur Ausbildung einer eigenständigen Persönlichkeit.

Die Schülerinnen und Schüler sollen eigene Projektideen entwickeln und durchführen. Gleichzeitig begleitet eine Lehrkraft den Lernprozess, indem sie regelmäßig mit den Schülerinnen und Schülern über den Entwicklungsstand der Bearbeitung spricht. Dabei schafft der Lehrende nicht nur Rahmenbedingungen, die die Bearbeitung der Lektüre möglich machen, sondern gibt an geeigneten Stellen Impulse und regt Diskussionen an. Hierbei lernen auch Schülerinnen und Schüler der Oberstufe gemeinsam und nicht in Jahrgangsstufen gegliedert. Damit bereichern sich Schülerinnen und Schüler verschiedenen Alters und somit auch unterschiedlichen Sichtweisen ihren gemeinsamen Lernprozess.

Durch die modularisierte Oberstufe haben Schülerinnen und Schüler unmittelbar erlebt, wie eine auf Selbstständigkeit und Eigenverantwortung gestützte Lerngestaltung aussehen kann. Damit können die Schülerinnen und Schüler mit ihren Erfahrungen gut an das Lernen und Arbeiten in einer Universität anknüpfen.

Phase 4: Ausbildung – Berufschancen für alle

Der Rechtsanspruch

Bildung ist ein Menschenrecht, die Ausbildung ist ein Teil der Bildung und es ist eine Aufgabe des Staates, diese für Alle zugänglich zu machen. Darüber hinaus entscheidet eine qualifizierte Ausbildung über das Einkommen und somit die Lebensgestaltung des Einzelnen. Es ist aber auch die Berufsbildung, die zukunftsweisend für die ganze Gesellschaft ist. Deshalb muss es einen Rechtsanspruch auf Ausbildung geben.

Die Umlagefinanzierung

Die Umlagefinanzierung ist das wichtigste Instrument gegen den Ausbildungsplatzmangel. Die sieht vor, dass die Finanzierung von Ausbildung zwischen den Betrieben, die ausbilden und denen, die nicht ausbilden, gerecht verteilt wird. Das Prinzip der Umlagefinanzierung ist ganz einfach, Betriebe, die nicht ausreichend (das lässt sich mit der betrieblichen Ausbildungsplatzquote berechnen) oder gar nicht ausbilden, zahlen in einen Topf ein, aus dem Betriebe, die ausreichend ausbilden, unterstützt oder neue Ausbildungsplätze geschaffen werden. Betriebe, denen es finanziell nachweislich schlecht geht oder Existenzgründer werden von der Umlage befreit. Das Grundrecht auf Ausbildung ist die Grundlage, die Umlagefinanzierung ist die Umsetzung.

Umlagefinanzierung 2.0

Das neue Modell funktioniert nach einem Zertifikatsystem und ist damit marktwirtschaftlich organisiert. Jeder Betrieb bekommt jährlich für jedes Ausbildungsverhältnis nach der Probezeit ein Zertifikat. Für jeden Betrieb, der weniger Zertifikate vorweisen kann als sich rechnerisch aus der Ausbildungsplatzquote ergibt, fällt eine Ausbildungsmangel-Strafe an. Die Höhe dieser Strafe liegt über den anzunehmenden Bruttokosten eines Ausbildungsplatzes, sodass sich die Nichtausbildung nicht lohnen kann. Die Betriebe, die über die Ausbildungsplatzquote hinaus ausbilden, haben die Möglichkeit, Zertifikate an andere Betriebe zu verkaufen. Die Umlagefinanzierung 2.0 ist konjunkturunabhängig. Durch den Handel mit Zertifikaten erhöht sich zudem die Ausbildungsqualität, da die Betriebe, die zu den geringsten Preisen Zertifikate anbieten können, den größten Nutzen aus der Ausbildung ziehen. Mit der Übernahme der Ausbildungskosten durch die Wirtschaft verringern sich die Kosten, die durch Kompensationsmaßnahmen entstehen. Die frei werdenden Mittel können damit wieder vorbeugend in die Bildung fließen und werden nicht nachwirkend in Warteschleifen verschwendet. Der Zertifikate-Handel hat gegenüber der bisherigen Umlage viele Vorteile. Ein Fondssystem, wie es bisher immer angedacht war, bringt einen riesigen Verwaltungsapparat mit sich, der nicht nur langsam, sondern auch teuer ist. Des Weiteren bedingen solche Systeme Regulierungsaufwand. Aus Sicht der Sozialpartner können Fondsmodelle nicht verwirklicht werden, ohne deren Rechte zu beschränken. Gleichzeitig verbirgt es versteckte Kosten, die für die Gesellschaft auf lange Frist auch noch wachsen. Die Marktlösung hingegen kann vergleichsweise unbürokratisch, effizient und ohne große Eingriffe ins Betriebsgeschehen auf die ökonomische Ursache des Lehrstellenmangels einwirken. Die Tarifautonomie wird nicht beschnitten und es besteht nicht die Gefahr von Willkür.

Vision Bildungspolitik – Wie Politik anders gestaltet werden muss

Wenn Bildung anders sein soll, muss sie auch anders gedacht werden. Vor diesem Hintergrund sind wir der klaren Überzeugung, dass auch die Gestaltung der gegenwärtigen Bildungspolitik lange überholt ist und nicht mehr dem entspricht, was wir Schülerinnen und Schüler Hessens eigentlich brauchen.

Beteiligung als Element für eine gelingende Bildungspolitik

Wir erleben vielfach in der Bildungspolitik, dass über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden wird. Dabei wird völlig vergessen, welche Potentiale mit der Einbindung der Betroffenen einhergehen. Bildungspolitik kann sich nämlich nur dann den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern und den Schulen insgesamt ausrichten, wenn die Betroffenen zu Beteiligten werden und ihre Ideen und unmittelbaren Erfahrungen einbringen und damit die Bildungsgestaltung bereichern. Konkret gesprochen heißt das: Es darf nicht sein, dass ohne ernsthafte Beteiligung der Landeschülervertretung Gesetze beschlossen werden, die die Schülerinnen und Schüler hautnah in ihrem Alltag betreffen. Genauso wenig darf es sein, dass Gesetze beschlossen werden, ohne dass diejenigen gefragt wurden, die damit arbeiten müssen: Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulträger. Das alles hat reichlich wenig mit demokratischer Beteiligung zu tun und gehört längst verboten. Unsere Vision einer neuen Bildungspolitik sieht vor, dass die verschiedenen Gruppen entscheidende Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten.

Wir als Landeschülervertretung fordern mindestens die gleichen Rechte wie sie dem Landeselternbeirat eingeräumt werden, und dass wir aktiv in die Gestaltungsprozesse der bildungspolitischen Gesetze von Anfang an eingebunden werden. Es muss aufhören, dass Theoretiker Schule denken, die aber weiter von der Realität von Schulen entfernt sind. Die Gruppen der Schulgemeinde müssen Schule und Bildung neu denken, weil sie die Erfahrungen haben und mit den eigenen Gestaltungsinitiativen arbeiten müssen.

Chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems: Mehr Geld für unsere Zukunft

Seit Jahren wissen wir es, ändern tut sich leider doch nichts: Unser Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert.¹⁴ Um aus unseren hier vorgestellten Ansprüchen Wirklichkeit werden zu lassen, müssen wir den Schulen neue Ressourcen zur Verfügung stellen. Nur mithilfe der notwendigen Rahmenbedingungen kann unserer Bildung sich im Sinne der Hessischen Schülerinnen und Schüler verändern.

Mehr Gelder auf Bundesebene schaffen

Die berechtigte Frage wäre an dieser Stelle: Woher nehmen wir das Geld? Gibt es überhaupt mehr Geld, welches wir für Bildung verwenden können? Ja, allerdings gibt es Geld in unserem System mehr als genug. Zum einen befindet sich das Geld teilweise schon im Bildungssystem – nur an falscher Stelle verwendet. Ein Beispiel? Das Sitzenbleiben und Querversetzen ist nachweislich contra produktiv für den Lernerfolg sowie die soziale Rolle der Schülerin bzw. des Schülers. Für diese unnütze Maßnahme geben die Bundesländer jährlich knapp eine Milliarde Euro aus.¹⁵ Das sind bereits 25 Prozent des gegenwärtigen hessischen Bildungsetats.¹⁶ Neben dem in völlig falsche Maßnahmen investiertes Geld, müssen wir grundlegend neue Töpfe für eine gelingende Bildungsgestaltung schaffen. Dies kann beispielsweise durch eine neue gerechtere Steuerpolitik geschehen, bei der wir Bildung endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller begreifen. Durch die Einführung einer Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer sowie der Erhöhung des Spitzensteuersatzes müssen diejenigen einen Gesellschaftsbeitrag leisten, die durch eben diese Gesellschaft profitieren und diese Möglichkeit der Gegenleistung haben. Es ist an der Zeit, dem Anspruch unseres Sozialstaatsgedanken wieder Rechnung zu tragen. Es ist an der Zeit für eine Neubelebung der Solidarität, die wir leider zunehmend verlieren. Man muss sich nur folgende Zahlen vor Augen führen:

0,1 % der Bevölkerung besitzt alleine 22,5 % des Vermögens, während die Hälfte der Bevölkerung knapp 1,4 % besitzt. Und das bei den gleichzeitigen massiven Problemen in unserem Bildungssystem.

¹⁴ OECD, Bildungsbericht: Bildung auf einen Blick 2012

¹⁵ Spiegel Online 2009: Sitzenbleiben ist nutzlos und teuer. URL: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/neue-bildungsstudie-sitzenbleiben-ist-nutzlos-und-teuer-a-646709.html> [Stand 2012-09-24]

¹⁶ Mommsen-Henneberger, Ursula 2012: Bildung in Hessen droht Rotstift. URL: <http://bildungsklick.de/a/72823/bildung-in-hessen-droht-rotstift/>

Wer erkennt, dass Bildung der wichtigste Baustein für die Zukunft unserer Menschen und unserer Gesellschaft insgesamt ist, muss für diesen Baustein eine ernstzunehmende finanzielle Dimension schaffen.

Abschaffung des Bildungsföderalismus

Die Weichen für mehr Geld in Bildung werden nicht auf Länderebene, sondern auf Bundesebene gelegt. Man könnte daher auch schlussfolgern: Bildungspolitik wird sowieso nicht wirklich von den Ländern, sondern vielmehr vom Bund entschieden. Denn dort, wo Gelder möglich oder nicht möglich gemacht werden, erhalten die Länder auch einen Gestaltungsspielraum, der diesen Namen auch verdient.

Warum sollten die Länder vor diesem Hintergrund überhaupt noch die Bildungshoheit haben, wenn dieser Bildungsföderalismus bereits heute mehr Schein als Sein ist? Es gibt reichlich wenige Argumente, die für den Bildungsföderalismus sprechen, aber dafür umso mehr, die deutlich für dessen Abschaffung sind. Die zahlreichen Bildungsstudien offenbaren doch jährlich die Problematik: Phrasen wie „Bildungsgefälle“ oder „Süddeutschland hängt den Rest der Republik ab“ sprechen Bände, wie es um die gesamtdeutsche Bildungssituation bestellt ist. Die Bundesrepublik ist gespalten, wenn es um ihr wichtigstes Zukunftsthema geht: Bildung. Warum brauchen wir 16 Bildungssysteme? Wieso brauchen wir 16 Landesregierungen, die nach jeder Wahl die Schulen wieder mit einem neuen Reform-Wechsel in die Mutlosigkeit und Gestaltungs-Resignation führen? Die Fragen suggerieren bereits, dass es so gut wie keine stichhaltige Argumentation gibt, bei der die Vorteile die Nachteile des Bildungsföderalismus überwiegen.

Unsere Vision von Bildungspolitik sieht dieses Thema als Hauptthema der nächsten Bundestagswahl. Wir sind für die Abschaffung des Bildungsföderalismus und möchten, dass sich der Bund endlich dieser gesellschaftlichen Aufgabe stellt und Verantwortung übernimmt. Verantwortung bedeutet auch hier wieder eine Umverteilung von Geldern zu Gunsten einer besseren Bildung. Dabei muss einerseits der Bund die Entscheidungskompetenzen erhalten, andererseits müssen die Kommunen vor Ort in einer Selbstständigkeit entscheiden können, was die Schulen brauchen. Man könnte auch sagen: Der Bund spannt den groben Schirm, unter dem alle Schulen nach ihren Bedürfnissen Raum und Platz finden. Wo sie aber konkret stehen, bleibt der Selbstständigkeit der Schulen und den Kommunen überlassen.

Um eine gesellschaftliche Diskussion über die Abschaffung des Bildungsföderalismus anzustoßen, bedarf es mutiger Menschen, die gegen veraltete und zugleich sehr in sich verfahrenere Strukturen ankämpfen. Dafür brauchen wir einen großen gesellschaftlichen Widerstand. Denn: Diejenigen, die eine Rolle in diesem Föderalismus-System haben, müssten sich selbst abschaffen. Und dass dies passiert, ist erst einmal äußerst schwierig.

Als Landeschülervertretung möchten wir Teil eines solchen bürgerschaftlichen Widerstands sein, um Bildung als gesamtgesellschaftliche Herausforderung auf die Agenda zu setzen und ineffiziente Strukturen abzuschaffen.